

DPolG zwei Jahre auf Twitter aktiv



@DPoIGThuringen

Im Zeitalter der Kommunikation via Internet und Smartphone ändert sich auch zunehmend die Art und Weise, in der die Menschen miteinander kommunizieren. So haben wir uns vor zwei Jahren, am 10. Oktober 2016 entschlossen, als DPolG Thüringen auch auf Twitter aktiv zu werden, und unseren ersten Tweet abgesetzt.

Das war erst einmal als Experiment geplant, denn wir wollten wissen, wie so ein Angebot von einer Polizeigewerkschaft in Thüringen angenommen wird. Natürlich gab es auch andere DPolG-Landesverbände, welche Twitter bereits als Kommunikationsplattform nutzten oder aber auch entschieden haben, dieses Medium nicht weiter zu nutzen, da einige Mitbürger(innen) meinten, hier so einmal richtig ihren Frust über die Polizei ablassen zu können. Und in Thüringen hat damals auch keine Polizeigewerkschaft dieses Medium genutzt, sodass wir hier auch in einer gewissen Vorreiterrolle waren.

Dennoch wollten wir den Versuch wagen und uns von der Resonanz überraschen lassen.

Impressum:

Landesverband
und Redaktion:
Deutsche Polizeigewerkschaft
Thüringen e. V. unter Vorsitz von
Jürgen Hoffmann (V. i. S. d. P.)
Schwerborner Straße 33
99086 Erfurt
Tel.: 0361.2657097
Fax: 0361.2658959
E-Mail:
presse@DPoIG-Thuringen.de
Twitter: @DPoIGThuringen
ISSN 09 45 – 05 13

Autoren sind in den Beiträgen
bezeichnet und der Redaktion
namentlich bekannt.

Wobei es vor zwei Jahren noch ein wenig schwieriger war, da für einen Tweet nur 140 Zeichen zur Verfügung standen. Da musste man oft dreimal überlegen, wie eine Botschaft in nur so wenig Zeichen transportiert werden kann. Glücklicherweise hat sich das geändert, und mit nunmehr 280 Zeichen lassen sich Nachrichten und Botschaften wesentlich besser transportieren. Nachrichten, welche sich nicht nur an unsere Mitglieder, sondern auch an all diejenigen Follower, die an der Arbeit unserer Kolleg(inn)en interessiert sind, richten sollen.

► Über 2 000 Tweets bereits abgesetzt

Das war nicht immer einfach. Schließlich sollte es ja kein Account werden, der ausschließlich dazu dient, auf Sorgen und Nöte unserer Kolleg(inn)en im Dienstalltag hinzuweisen. Das tun wir in erster Linie natürlich auch, aber es würde viele Follower wohl nicht dazu verführen, uns dauerhaft zu folgen. So entschieden wir uns, auch immer wieder einmal auf Geschehnisse im Dienstalltag aufmerksam zu machen, und damit einen Einblick in die Arbeit der Polizei zu geben. Auch so manch kuriose Begebenheit fand dabei den Weg in eine breitere Öffentlichkeit.

Offensichtlich haben wir hier eine gute Mischung gefunden, denn mittlerweile folgen uns über 1 200 Menschen. Da sind zwar viele Kolleg(inn)en darunter, aber auch Menschen aus allen anderen gesellschaftlichen Bereichen, welche sich für die Arbeit der Polizei, und natürlich auch unserer Gewerkschaft interessieren. So sehen wir unsere Aktivitäten auf Twitter auch als den Versuch, eine Brücke zwi-

schen unseren Kolleg(inn)en und allen anderen gesellschaftlichen Bereichen zu bauen.

Offensichtlich ist uns das auch gut gelungen, denn sieht man sich die Statistik an, so wurden allein in den vergangenen vier Wochen unsere Tweets über 173 000-mal angesehen. Das ist schon sehr beeindruckend. Und wagt man einen Rückblick auf die letzten drei Monate, dann zeigt sich mit etwa 590 000 angesehenen Tweets, dass wir ein beachtlich hohes Niveau unserer Reichweite erlangt haben.

► Spitzenwert waren über 91 000 Ansichten eines Tweets

Wer bereits ein wenig Erfahrungen mit Twitter sammeln konnte weiß, dass Tweet-Ansichten von einigen Hundert schon ein gutes Ergebnis sind. Werden es dann einmal zwei- bis dreitausend, dann ist die Freude über so viel Beachtung ungleich größer.

Als DPolG Thüringen wurden wir jedoch regelmäßig überrascht. Mit so einer großen Resonanz, wie sie viele Tweets von uns erfahren, haben wir wirklich nicht gerechnet. Viele Tweets übersteigen die 10 000er-Marke und nicht wenige landen bei weit über 20 000 Ansichten. Auch die 30 000er-Marke wird hin und wieder überschritten.

Besonders überrascht waren wir jedoch über einen Tweet vom September, der über 91 000-mal angesehen wurde, und auf den mehr als 8 200 Interaktionen erfolgten. Solche Zahlen zeigen uns, dass das Interesse an der Arbeit unserer Kolleg(inn)en in der Bevölkerung größer ist als bislang häufig angenommen wird.

► Fast ausschließlich positive Resonanz auf unser Angebot

Twitter ist ein Angebot, welches ausschließlich zur Information, aber auch zur Kommunikation genutzt werden kann. In Zeiten, in denen oft von Hasskommentaren die Rede ist, haben wir bislang glücklicherweise fast ausschließlich positive Erfahrungen machen können. Es gab nur einmal eine Zeit, in der man meinte uns vorschreiben zu müssen, wie wir mit unseren Followern umgehen beziehungsweise wem wir zu folgen haben. Das war paradoxerweise kurz vor den Personalratswahlen und ging sogar so weit, dass es via Twitter eine Beschwerde beim TMIK gab. Offensichtlich hatten da einige übersehen, dass sich die Zeiten gewandelt haben und wir in einer Zeit leben, in der Gewerkschaften eigenständig über ihr Handeln bestimmen können. Diese Eigenständigkeit bekräftigte auch das Innenministerium in ihrem Antwort-Tweet.

Natürlich gibt es auch immer wieder einmal kritische Kommentare, aber so lange sie die Formen des allgemein achtungsvollen Umgangs miteinander wahren, tragen diese auch dazu bei, über so manche Angelegenheiten intensiver nachzudenken beziehungsweise unterschiedliche Standpunkte auszutauschen. Auch dafür haben wir den Weg der Öffentlichkeit über Twitter gewählt.

Doch die meisten Reaktionen auf unsere Tweets zeugen von der Achtung und Solidarität gegenüber der Arbeit unserer Kolleg(inn)en im Dienst. So gab es als Reaktion auf unseren 2 000. Tweet eine Welle der



Sympathie für die Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten im Freistaat. Abschließend möchte wir einige dieser Tweets auch hier im POLIZEI-SPIEGEL veröffentlichen. Dies auch in der Hoffnung, dass noch mehr Kolleg(inn)en sich entscheiden, uns unter @DPoIGThueringen auf Twitter zu folgen, und so zeitnah erfahren, was uns als Gewerkschaft bewegt.

Hier nun eine kleine Auswahl an Tweets an uns:

- > Jungs und Mädels, danke dass es euch gibt. In meinem nun über 60-jährigen Leben habe ich nur Dankbarkeit für Hilfe der Rettungsdienste und Polizei empfunden. Bleibt alle gesund, ich denke oft an euch. Vielen Dank euch und eurer Arbeit!
- > Danke! Die meisten von euch machen einen super Job, voller Entbehrungen. Ohne euch wären die Straßen einfach nicht sicher. Das weiß ich und dessen bin ich mir jeden Tag bewusst.
- > Wo wären wir denn ohne unsere Polizei.
- > Als Schweizerin danke ich der Polizei, die bei Demonstrationen Schutz gegen tätliche Angriffe bietet. Danke, dass ihr noch nicht alle gekündigt habt und allen Widrigkeiten zum Trotz weitermacht!
- > Euch ein Danke und viel Glück, was auch die Zukunft bringen mag.
- > Ich sehe Sie als Freund. Auch Ihre Kollegen in Bayern.
- > Guten Morgen! DANKE an Euch alle. Schönes & vor allem friedliches Wochenende.
- > Ich finde, liebe Kollegen in Thüringen, Ihr macht auch

hier bei Twitter einen guten Job. Deshalb ein Danke und weiter so aus dem Rheinland!

- > Kann ich nur beipflichten. Informativ, sachlich, aber auch kritisch. Viele Branchen wären froh, wenn sie so eine Gewerkschaft hätten. Bodenständig und kein affektierter Laden.

Roland Spitzer

(Die Namen der entsprechenden Twitteraccounts liegen der Redaktion vor)

Wenn aus einer Vertrauens-eine Beschwerdestelle wird

Ein Kommentar von Roland Spitzer

Als Projekt war sie im Koalitionsvertrag vereinbart, die Vertrauensstelle der Thüringer Polizei, welche im Dezember des vergangenen Jahres ihre Tätigkeit aufnahm.

Ursprünglich sollte sie sowohl den Bürgern des Freistaates, als auch unseren Kolleg(inn)en die Möglichkeit einräumen, sich mit ihren wie auch immer gearteten und die Polizeiarbeit betreffenden Anliegen an diese zu wenden. So die offizielle Lesart.

Das war bislang im Rahmen des rechtsstaatlichen Handelns ohnehin schon möglich, denn es ist keinem Bürger verwehrt, sich bei jeder Polizeidienststelle über die Arbeit der Polizei zu beschweren beziehungsweise Anzeige zu erstatten. Ebenso gibt es Disziplinar- und Beschwerdestellen sowie interne Ermittler, welche bei der Anzeige von Beamtendelikten tätig werden. Warum dann diese Vertrauensstelle als zusätzliche Einrichtung?

■ Schon im Wahlkampf 2014 wurde zur Beschwerde aufgerufen

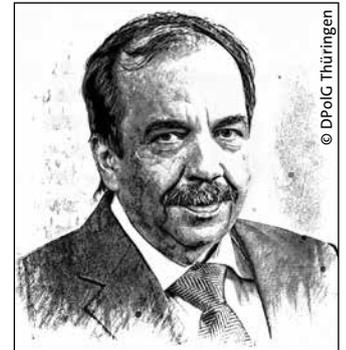
Um das zu verstehen, ist es angebracht, nochmals in die Vergangenheit zu schauen, denn so ganz neu ist der Gedanke einer Beschwerdestelle über Polizisten nicht. Im Wahlkampf 2014 rief bereits die Linksjugend („solid) in einem Wahlkampfvideo dazu auf, über Erfahrungen mit prügeln Polizisten zu berichten. In diesem Video trat auch der damalige Spitzenkandidat der Linken und heutige Ministerpräsident Bodo Ramelow auf. Eine Entschuldigung, welche seinerzeit in einem von der DPoIG und dem bdk verfassten offenen Brief von Ramelow gefordert wurde, blieb bis heute aus.

Vielmehr viel die Idee einer Beschwerdestelle über Polizeibeamte auf fruchtbaren Boden und fand Eingang in die Koalitionsvereinbarung. Vor knapp einem Jahr war es dann soweit,

und die Vertrauensstelle der Thüringer Polizei nahm ihre Arbeit auf. Um nicht den Verdacht einer einseitigen Verurteilung einer ganzen Berufsgruppe aufkommen zu lassen, wurde erklärt, dass diese selbstverständlich auch unseren Kolleg(inn)en als Ansprechpartner zur Seite steht, wenn es Konflikte mit den Dienstvorgesetzten geben sollte. Bisherige mögliche Wege der Klärung bestehender Zwistigkeiten wie Personalräte und Gewerkschaften wurden dabei außen vor gelassen.

■ 241 Anfragen bis Ende August

Aber ging es wirklich darum, unseren Kolleg(inn)en eine anonyme Plattform für Beschwerden im Dienstalltag zu bieten, oder bestand von vornherein nur die Absicht, eine Beschwerdeplattform für einen ganzen Berufsstand zu schaffen? Offensichtlich Letzteres, denn wie der Thüringer Allgemeinen vom 4. Oktober zu entnehmen war,



> Roland Spitzer

ist es derzeit nicht vorgesehen, dass sich Polizeibedienstete mit ihren Anliegen direkt an diese Vertrauensstelle wenden können. Entsprechend einer Aussage der LPD können sie dies jedoch als Bürger tun, und sich mit ihren Anliegen an die Vertrauensstelle wenden. Somit ist nichts von dem, was ursprünglich angekündigt war, geblieben. Es ist wohl doch nur noch eine Stelle zur Beschwerde über die Arbeit unserer Kolleg(inn)en.

Dennoch gab es in den ersten neun Monaten 241 Anfragen, von denen 136 als Beschwerden gegen Maßnahmen oder das Verhalten von Polizisten registriert wurden. Das ist eigentlich gar nicht viel, wenn man bedenkt, dass es Menschen gibt, welche schon immer einmal ihren persönlichen Frust über die Polizei loswerden woll-



➤ Ein kleines Schild verweist auf die Vertrauensstelle am Erfurter Europaplatz.

ten und womöglich in dieser Vertrauensstelle einen Ansprechpartner gefunden haben.

Zu wenig Beschwerden, wird wohl auch Ministerpräsident Ramelow gedacht haben. So beeilte er sich und setzte wohl wegen der zu geringen Inanspruchnahme der Beschwerdestelle am 4. August über Twitter einen Tweet mit folgendem Inhalt ab:

„Nochmal der Hinweis, dass es in Thüringen seit 1. Dezember 2017 die Polizeivertrauensstelle beim @TMiKThuringen gibt, an die sich alle wenden können, die von polizeilichen Maßnahmen betroffen waren oder sind und Erörterungsbedarf haben ...“

Nun ist Ramelow ja nicht irgendwer, sondern Ministerpräsident im Freistaat, und er weiß sehr wohl um die Wirkung öffentlicher Äußerungen. Warum er nun dazu aufruft,

sich über einen ganzen Berufsstand zu beschweren, dürfte insofern kein Rätsel sein, wenn man an das bereits erwähnte Wahlkampfvideo aus dem Jahr 2014 denkt. Auch seine immer wieder getätigten Äußerungen zu ACAB-Schmierereien, welche er auch schon einmal gerne ins Lächerliche zieht, sagen viel über seine Einstellung zur Arbeit unserer Kolleg(inn)en aus. Dabei scheint es ihm entgegen zu sein, dass er als Ministerpräsident auch eine Verantwortung gegenüber den im Freistaat Beschäftigten hat. Doch bei der Polizei macht er da wohl eine Ausnahme.

➤ **Schützenhilfe aus den eigenen Reihen**

Offensichtlich steht er in seiner Partei nicht alleine da. Das ist nicht neu, und unsere Kolleg(inn)en haben das wohl auch schon öfter hören und lesen können beziehungsweise müssen. Inter-

essant dürfte da auch eine Äußerung der Abgeordneten der Linksfraktion, Sabine Behringer, sein. Als wir die Arbeit der Vertrauensstelle als einseitige Beschwerdestelle über die Arbeit der Polizei in Thüringen sowie die Äußerung des Ministerpräsidenten via Twitter kritisierten und darauf verwiesen, dass es keine derartige Beschwerdestelle über weitere beim Land beschäftigte Berufsgruppen gibt, erhielten wir von ihr über Twitter folgende Antwort:

„Welche dem Land unterstellte Berufsgruppe ist denn der #Polizei vergleichbar, für die eine solche Beschwerde-/Vertrauensstelle notwendig wäre?“

Solch eine Einstellung kann nur sprachlos machen – wie kann es sein, dass hier offensichtlich eine ganze Berufsgruppe unter Generalverdacht gestellt wird? Ist es nicht vielmehr Aufgabe einer Landesregierung, sich demonstrativ vor ihre Exekutive zu stellen? Offensichtlich gilt das nicht in jedem Fall!

➤ **Motivation im Beruf ist ein wichtiger Erfolgsfaktor**

Dabei wird auch durch diese Landesregierung von unseren Kolleg(inn)en immer mehr abverlangt. Wie erst kürzlich bekannt wurde, konnten bisher nur 82 von 113 geplanten Absolven-

ten in den mittleren Dienst übernommen werden. 19 Anwärter müssen ihre Prüfung noch einmal wiederholen, und ob sie diese dann auch bestehen, ist nicht gewiss. Personalabbau ist somit noch lange nicht Geschichte. Für unsere Kolleg(inn)en bedeutet dies jedoch auch, dass bei steigenden Aufgaben und anhaltendem Personalabbau noch mehr geleistet werden muss. Aber viele Kollegen arbeiten bereits heute an ihrer Leistungsgrenze und überschreiten diese schon viel zu oft, was sich nicht zuletzt auch im hohen Krankenstand widerspiegelt.

Da wäre es doch zu erwarten, dass sie durch den Dienstherren bestmöglich motiviert werden, und nicht noch über eine zusätzliche, wohl auch unnötige Beschwerdestelle an den Pranger gestellt werden. Das gibt es so bei keiner anderen dem Land unterstellten Berufsgruppe. Selbst bei Versuchen, andere Berufsgruppen pauschal zu diskreditieren, stellt sich die Landesregierung ja auch völlig zu Recht hinter diese. Nur bei der Polizei wird da offensichtlich eine Ausnahme gemacht. Das haben unsere Kolleg(inn)en nicht verdient!

Es wäre konsequent und eine vertrauensbildende Maßnahme, die Arbeit dieser Beschwerdestelle unverzüglich einzustellen! ■

INFORMATION

zur Bescheinigung der im Jahr 2018 gezahlten Mitgliedsbeiträge zur Vorlage beim Finanzamt

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Kalenderjahr neigt sich zu sehends dem Ende entgegen, und wie jedes Jahr werden sich in unserer Geschäftsstelle zum Jahresbeginn die Anfragen nach einer Bescheinigung der gezahlten Mitgliedsbeiträge zur Vorla-

ge beim Finanzamt mehren. Aus diesem Grund hier noch einmal folgende Hinweise:

➤ Aufgrund der ansonsten entstehenden Kosten erfolgt wie in den letzten Jahren kein automatischer Versand der Beitragsbescheinigung!

➤ Wer eine Beitragsbescheinigung benötigt, kann diese schriftlich oder telefonisch über unsere Landesgeschäftsstelle anfordern. Ebenso ist die Anforderung per E-Mail bei der Geschäftsstelle (dpolg@dpolg-thueringen.de) oder beim Schatzmeister (schatzmeister@dpolg-thueringen.de) möglich.

➤ Bei der Anforderung bitte angeben, ob die Beitragsbe-

scheinigung im Original benötigt wird oder der Versand per E-Mail (PDF-Dokument) erfolgen kann. Für den Postversand bitte die aktuelle Wohnanschrift mit angeben, da nach unserer Erfahrung die hier vorhandene Adresse nicht in immer korrekt ist. So werden gegebenenfalls unnötige Verzögerungen vermieden. Für den Versand per E-Mail

benötigen wir dementsprechend eine aktuelle E-Mail-Adresse.

› Wir bitten schon im Voraus um Verständnis, dass die Beitragsbescheinigung nicht in jedem Fall sofort erstellt und versandt werden kann. Wir sind aber bestrebt, alle Anfragen innerhalb von 14 Tagen zu erledigen. Wird also eine Bescheinigung zu einem bestimmten Zeitpunkt benötigt, bitte rechtzeitig anfordern.

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern,

dass sich die Höhe unserer Mitgliedsbeiträge nach der jeweiligen Besoldungs- beziehungsweise Entgeltgruppe des Mitglieds richtet und jedes Mitglied verpflichtet ist, Änderungen dieser Angaben zu melden. Dies ist insbesondere für die Inanspruchnahme unserer Serviceangebote (Versicherungsleistungen) von Bedeutung, da diese nur bei ordnungsgemäßer Beitragszahlung gewährt werden.

Soweit sich bei Ihnen in den letzten Monaten/Jahren in



› Steffen Mikosch

dieser Hinsicht oder auch bei anderen Angaben (Wohnanschrift, Dienststelle, Bankver-

bindung, ...) Änderungen ergeben haben und diese gegebenenfalls noch nicht gemeldet wurden, können Sie dies jederzeit nachholen und ihre Daten aktualisieren. Als Ansprechpartner stehen die jeweiligen Kreisvorsitzenden sowie unsere Landesgeschäftsstelle zur Verfügung. Gern können Sie entsprechende Informationen auch per E-Mail mir direkt zusenden. Die Adresse lautet: schatzmeister@dpolg-thueringen.de

*Steffen Mikosch
Schatzmeister*

Gewalt gegen Polizei und Helfer nimmt weiter zu

Innenministerium richtet Landespräventionsrat ein

Gewalt gegen Polizisten, Feuerwehr, Sanitäter, aber auch Lehrer ist schon längst keine Ausnahme mehr. Vielmehr werden all die genannten Berufsgruppen immer öfter mit Gewalt gegen sie konfrontiert. Gewalt, welche nicht nur häufiger, sondern auch immer aggressiver ausgeübt wird.

Doch auch im familiären Bereich und im Umgang miteinander ist Gewalt immer mehr ein Thema. Dabei muss es nicht immer zu Straftaten kommen, aber wenn es dennoch zu diesen kommt, dann reicht selbst eine konsequente Strafverfolgung oft nicht mehr aus, um diese einzudämmen.

Dies wurde auch seitens der Politik erkannt. Intensivere präventive Arbeit soll helfen, bereits im Vorfeld der wachsenden Gewaltbereitschaft zu begegnen. Hierzu erklärt Innenstaatssekretär Udo Götze: „Es bedarf deshalb weiterer Anstrengungen auf dem Gebiet der Gewaltprävention. Um einen ganzheitlichen Ansatz von Prävention zu fördern, wird das Innenministeri-

um einen Landespräventionsrat einrichten.“

Aufgabe des Landespräventionsrates ist es, Kriminalitätsentwicklungen und Handlungsfelder zu erfassen, zu analysieren und Strategien zu entwickeln. „Der Landespräventionsrat als Institution ist nicht neu und wird in den meisten Bundesländern schon praktiziert. Er soll Netzwerker für die vielen bestehenden Projekte und Institutionen sein und diese mit ihren Zielen zusammenführen. Vor allem sollen die Kommunen dadurch neue Impulse erhalten, um sie in ihrer Arbeit bei der Gewaltprävention zu unterstützen“, betonte Udo Götze.

› DPoIG sieht Präventionsrat als richtigen Weg

Der Bereitschaft zur Gewalt bereits im Vorfeld zu begegnen, ist auch aus Sicht der DPoIG ein guter und notwendiger Weg. Dies auch, da unsere Kolleg(inn)en in ihrem Dienstalltag immer öfter mit dieser konfrontiert werden. Schon heute sind viele Kollegen auch vor Ort in Schulen

unterwegs und leisten gemeinsam mit den Lehrkräften eine aktive Präventionsarbeit.

Mit der Arbeit des Landespräventionsrates ist es geplant, Kriminalitätsentwicklungen und Handlungsfelder zu erfassen, zu analysieren und Strategien zu entwickeln. „Der Landespräventionsrat als Institution ist nicht neu und wird in den meisten Bundesländern schon praktiziert. Er soll Netzwerker für die vielen bestehenden Projekte und Institutionen sein und diese mit ihren Zielen zusammenführen. Vor allem sollen die Kommunen dadurch neue Impulse erhalten, um sie in ihrer Arbeit bei der Gewaltprävention zu unterstützen“, betonte Udo Götze.

› Abläufe in Ermittlungsverfahren sollen besser koordiniert werden

„Neben dieser wichtigen Präventionsarbeit sollen aber auch die Abläufe bei Ermittlungsverfahren wegen Straftaten deutscher und ausländischer Mehrfach- und Intensivtäter in den jeweiligen

Geschäftsbereichen genauer unter die Lupe genommen werden, um hier Optimierungspotenziale herauszuarbeiten. Ebenfalls muss geprüft werden, ob phänomen- beziehungsweise deliktsübergreifende Ermittlungen durch Polizei und Staatsanwaltschaften forciert werden können, um zu vermeiden, dass Gewalt- oder sonstige Straftaten desselben Täters von verschiedenen Polizeidienststellen, Staatsanwaltschaften und Gerichten bearbeitet werden. Besonders wichtig ist die Intensivierung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit. So müssen etwa bei der Gruppe der ausländischen Mehrfach- und Intensivtäter Maßnahmen der Verfolgungsbehörden zum Beispiel mit solchen der Jugend- und Sozialämter sowie der Ausländerbehörden einhergehen. Etablierte Meldewege und Kooperationsmechanismen müssen auf Verbesserungsmöglichkeiten untersucht werden“, erklärte der Innenstaatssekretär.

Roland Spitzer